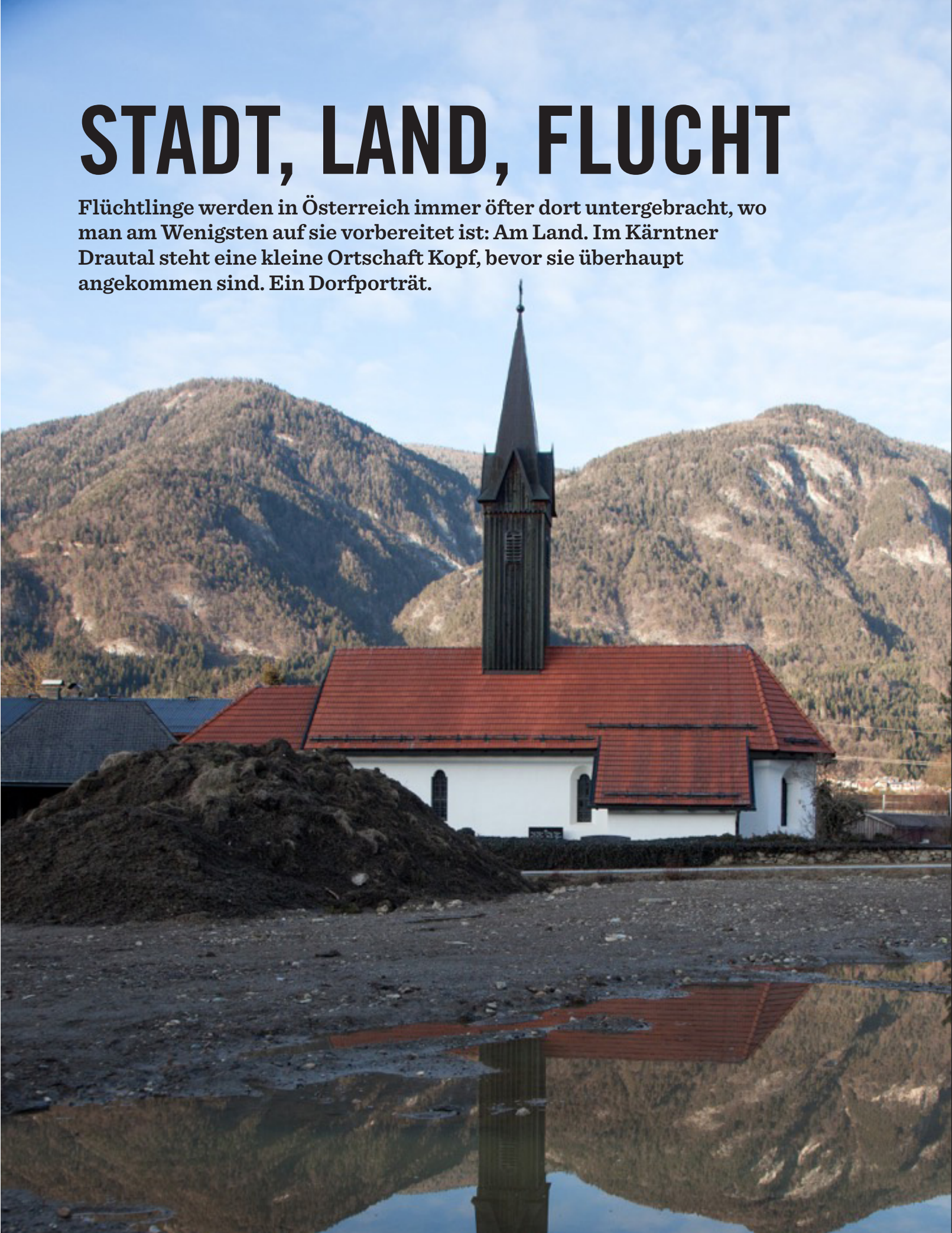


STADT, LAND, FLUCHT

Flüchtlinge werden in Österreich immer öfter dort untergebracht, wo man am Wenigsten auf sie vorbereitet ist: Am Land. Im Kärntner Drautal steht eine kleine Ortschaft Kopf, bevor sie überhaupt angekommen sind. Ein Dorfporträt.



In Aleppo fallen Schüsse, in Istanbul wird über den Frieden verhandelt und in Töplitsch im Kärntner Drautal bestellt einer namens „Ronacher“ ein frisch Gezapftes und sagt: „Der Syrer soll für sein Vaterland kämpfen, wie auch wir das damals getan haben“. Es ist 15:47 Uhr. Eigentlich zu früh für Bier an einem Freitag Nachmittag, aber die Theke im Gasthaus Louis ist voll. Es gibt eine Darts-Scheibe, drei Jausen-Variationen und vierzehn verschiedene Zigarettenmarken. Seitdem „dieses Gerücht“ die Runde macht, ist das kleine Gasthaus zum Podium des kollektiven Ärgeres und der Wut geworden. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer: Vom Seniorenverein und dem Fußballclub über den Verschönerungsverein und die Dorfjugend, auch „Zech“ genannt, bis hin zur Feuerwehr und dem Eisstockschießclub. Jeder macht seinem Ärger anders Luft. Die Pensionisten klopfen an die Haustüre von Senioren-Obfrau Hanni E. Sollte es soweit kommen, dann würden sie sich am Samstag zum Abendgottesdienst auf keinen Fall mehr aus dem Haus trauen. Die Jungen zogen von Haus zu Haus, sammelten Unterschriften und hängten Transparente an das Dorfstor. Familienväter bangen um ihre Töchter, einer der Nachbarn hat Angst um seinen nagelneuen Wagen. Vier Kilometer Luftlinie entfernt, auf der anderen Seite des Drautals sitzt der Amtsleiter der SPÖ Ernst Glanzer und nennt das Ganze einen „Betriebsunfall“. Ausgerechnet drei Tage vor der Gemeinderatswahl, hat der Sozialdemokrat Helmut Moser, der seit 17 Jahren den Bürgermeister stellt, ein ganzes Dorf gegen sich. Ein Asylwerberheim direkt am Dorfbogen—das hat dem Verschönerungsverein von Hanni E. gerade noch gefehlt.

(Anmerkung: Die Auflösung, worum’s eigentlich geht, kommt relativ spät — ist aber vielleicht auch wurscht, weil’s ja Titel und Preview-Text ohnehin erklären)

Kärnten war Ende Jänner neben dem Burgenland und Salzburg das einzige Bundesland, das die beim Asylgipfel 2012 vereinbarte Asylquote knapp nicht erfüllt hat. 90 Plätze haben damals gefehlt, 60 hat man bis Anfang März aufholen können. Momentan sind 2060 Asylwerber in 52 Quartieren in 36 Gemeinden untergebracht. Dass es schwerer sein dürfte, in ländlichen Gebieten Betreiber und Objekte zu finden, zeigt der Vergleich mit Wien. Dort ist man mit einer Quote von 118,2 Prozent der Musterschüler unter den Quartiergebern. Ja, ein Bundesland kann auch mehr Flüchtlinge beherbergen, als das Innenministerium anordnet.

„Die Quote bleibt ein medial ausgeschlachteter Wert. Mit realer Asylpolitik hat sie wenig zu tun“, sagt Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, der sich Anfang des Jahres immer wieder rechtfertigen musste, warum Kärnten noch immer zu den Schlusslichtern in Sachen Asylquote gehört. Seit sich die Landeshauptleute im Dezember 2014 einigten, zentralisierte Erstaufnahmestellen wie Traiskirchen in Zukunft entlasten zu wollen, kommen immer mehr Regionen Österreichs mit Flüchtlingen in Kontakt, die den Nahen Osten bisher nur von der ZIB 2 kennen: Ländliche Gebiete, die innerhalb weniger Wochen vor vollendete Tatsachen gestellt werden und sich nicht selten massiv dagegen wehren. Ein passendes Objekt in ein Flüchtlingsheim umzuwandeln

ist dabei komplizierter, als man sich das vielleicht vorstellt. Zwischen Ländern, dem Bund und potenziellen Pächtern läuft ein kontinuierliches Vergabeverfahren. Ist die Grundversorgung Ländersache, werden nie mehr als fünfzig Asylwerber in einem Objekt, meist private Hotels, Herbergen, Kasernen oder Pfarrhöfe untergebracht. Werden keine Betreiber gefunden, kann es durchaus sein, dass der Bund nach wie vor sogenannte „Übergangslösungen“ in Bundesländern einrichtet. Kaum einer weiß, dass im Villacher Polizeikommissariat in der Trattengasse Flüchtlinge in einem Notlager im Turnsaal untergebracht werden. Wenn diese ihren Asylantrag eingereicht haben, würde ihnen eigentlich eine Grundversorgung in einem anderen Umfeld zustehen.

Töplitsch ist so ein Umfeld, findet Asim Kuric. Seinen Namen kennt im Dorfgasthaus Louis inzwischen jeder. Er ist neuer Pächter des alten Gasthofes Adamhof. Das ehemalige Hotel und seine 80 Betten, standen die letzten fünf Jahre leer. Ihn als „Hotel Garni“ weiterzuführen, würde sich heute nicht mehr rentieren. Durch eine neue Infrastruktur wurde Töplitsch immer mehr ins Abseits gedrängt. Ging in den 50er-Jahren noch die Bundesstraße nach Spittal an der Drau direkt durch das Dorf, wurde sie später umgeleitet und irgendwann durch eine Autobahn ersetzt. Seitdem ist der Fremdenverkehr und Sommertourismus immer mehr eingebrochen. Heute brettern jeden Tag LKWs vorbei, ohne zu wissen, dass sich hinter dem Lärmschutzwall das einst als „schönstes Blumendorf Kärntens“ ausgezeichnete Töplitsch versteckt. „Der neue Pächter hat den Braten gerochen und will nichts weiter als Geschäft machen“, sagen die Leute im Louis. „Ich will helfen“, sagt hingegen Kuric. Er ist Bosnier und kam Anfang der 90er nach Österreich. Er weiß nur zu gut, wie es sich anfühlt, wenn ein Krieg eine Familie auseinanderreißt.

„Rentiert es sich finanziell eigentlich, Flüchtlinge zu beherbergen?“, fragt einer, der sich zum „Ronacher“ an die Theke setzt. Die Antwort lautet: Nach einigen Jahren meistens ja. 19 € stehen einem Betreiber in Kärnten pro Tag für einen Flüchtling zur Verfügung. Mit diesem Betrag muss er sich



um die Verpflegung kümmern und eine 24-Stunden-Hilfe—sogenannte „Basisbetreuer“, wie zum Beispiel eine Köchin oder eine andere Fachkraft—bezahlen. Von der Krankenversicherung wird den Asylwerbern automatisch eine E-Card für den Arztbesuch zugesandt. Zusätzlich bekommt jeder Flüchtling 40 € Taschengeld im Monat. Ist man bei der Verteilung der Gelder abwesend, muss man bis zum nächsten Monatsbeginn warten. Der Quartiergeber hat das Recht, eine Hausordnung zu erlassen. Diese regelt zum Beispiel Nachtruhezeit, Rauchverbot oder das Betreten von hausfremden Personen. Verstößt ein Flüchtling gegen die Hausordnung, bekommt er eine Verwarnung. Wer unerlaubt abwesend ist und das Quartier länger als 72 Stunden verlässt, erhält keine Leistungen mehr aus der Grundversorgung. In der Grundversorgung dürfen Asylwerber keiner Arbeit nachgehen. Ausgenommen sind Saisonarbeit, gemeinnützige Beschäftigungen sowie Arbeit in der Selbstständigkeit. Am Land dürften die Beherbergten demnach eine bestimmte Anzahl an Stunden bei Landwirten oder anderen primären Dienstleistungssektoren aushelfen—in der Stadt bleiben Schwarzarbeit am Bau und nicht selten die Sexarbeit als die einzigen zwei Alternativen. Bei 45 Flüchtlingen würden dem Pächter demnach 25.650 € zur Verfügung stehen. Wenn man bedenkt, dass die Behebung der gewerblichen Mängel im alten Gasthof bis zu 100.000 € kosten könnten, würde es mindestens vier Jahre dauern, bis sich das Geschäft für Kuric rentiert.

Genau diese Anzahl, also 45 Flüchtlinge, ist den Töplitschern zu viel. Selbst eine Partei wie die ÖVP, die sich als „neutral“ im Flüchtlingsheimkonflikt erweist, kritisiert: „45 Leute auf 450 Einwohner, das ist eine Zumutung. Das übersteigt den vom Bund angeordneten Verteilungsschlüssel um ein Vielfaches!“ Dieser besagt, dass nie mehr als ein Flüchtling auf 100 Einwohner kommen darf. Erbost ist man auch darüber, dass man „anscheinend als Letzte über die Veränderung im Dorf informiert wurde“. Einer, der sogar früher Bescheid wusste als Seniorenobfrau

Hanni E., ist der Villacher Bezirkshauptmann Bernd Riepan. Er überprüft durch Sachverständige, ob ein Objekt den behördlichen Standards entspricht, so dass dort ein Flüchtlingsheim eröffnet werden kann. Dass mit Auflagen nicht zu spaßen ist, weiß er nur zu gut. Als kurz nach Silvester ein Klagenfurter Flüchtlingsheim abbrannte, musste das Land Kärnten dafür haften und nicht etwa der Pächter. Auch im Adahmhof müssten erst Sanitäranlagen, Fluchtwege und Brandschutz erneuert werden, was laut Riepan einer Investitionssumme von über 100.000 € bedarf. „Ich kann mir kaum vorstellen, dass jemand in so einen alten Schuppen so viel Geld investiert“, sagt der Landwirt Steinkellner, dessen Hof direkt neben dem Adamhof liegt. Seine Augen huschen hin und her, seine Stimme verrät, dass er genau davor Angst hat.

Der Steinkellner ist der Einzige im Louis, der heute Nachmittag einen Spritzer bestellt. Man sagt über ihn, dass er einer der letzten erwerbsmäßigen Landwirte in Töplitsch ist. Er sagt über sich: „Ich bin einer der Gemäßigten“, und meint damit wieder einmal das Flüchtlingsheim. Als seine Tochter einen BILD-Artikel in der Töplitscher Facebook-Gruppe liket, nimmt er sie zur Seite und fragt, ob sie wirklich denke, dass alle Asylwerber Dschihadisten sind. Es war noch einer der harmlosen Beiträge.

„Wenn Ratten im Hühnerstall Junge kriegen, weil es dort viel Futter gibt, dann werden das nicht automatisch Hühner. Es waren Ratten, es sind Ratten und es werden immer Ratten bleiben“, postet ein Mitglied. Eine Grafik folgt, die Flüchtlinge auf einem Boot mit Unterschriften wie „Nix“, „Dealer“, „Zuhälter“, „Einbrecher“ und „Dschihadist“ zeigt. Ein Beitrag über einen Flüchtling, der 3.000 € fürs „Nichtstun“ erhält, wird besonders oft geteilt. Ein anderer beschreibt den Lokalausweis in einem Flüchtlingsheim, in dem Asylwerber nichts als „Saustall“ hinterlassen haben. Am Ende hat diese Gruppe mehr Mitglieder, als Töplitsch Einwohner.

Zurück im Gasthaus Louis hat sich der Feuerwehrobmann inzwischen seiner Uniform entledigt. Der Rauch steht, es läuft irgendein Schlager und immer wieder geht die Tür auf und jemand setzt sich zum „Ronacher“ an die Theke. Der Feuerwehrobmann blättert in der Krone. Dann sagt er: „Die Asylpolitik sollte nicht auf den Schultern der Bevölkerung ausgetragen werden. Wir sind alle gegen dieses Heim und können uns nicht wehren. Das soll Demokratie sein?“ Er bekommt Zuspruch von allen Seiten. Der Nächste, der sein Bier bestellt, wird „der Totengräber“ genannt. Er arbeitet am kleinen Friedhof neben der Dorfkirche und kann daher früh Feierabend machen. Der Totengräber will bald in die Politik wechseln, er ist angehender Gemeinderat. Aber „bis die Asylanten do sind, bin i längst Bürgermeister“, schmunzelt er. Noch wird über seinen Beruf gewitzelt: „Sog amol, wie viel Asylanten hostn eigentlich schon eingegraben?“ Gelächter. Einem Mann, den man „Kicker“ nennt, ist die aufgeheizte Stimmung sichtlich unangenehm. „Das sind nicht durchwegs schlechte Menschen, vergesst das nicht“, sagt er. Der Sepp vom anderen Ende des Lokals glaubt „eh, dass 80 Prozent der Menschen gut sind“. Aber letztens hat er einen mit Turban

im Lidl gesehen, erzählt er. „Der war ganz bestimmt ein Salafist.“

„Es gibt immer wieder Aufklärungsbedarf verschiedener Intensität“, sagt Landeshauptmann Peter Kaiser—aber „selten gehen die Wogen so hoch wie in Töplitsch“. Und das, bevor man überhaupt beschlossen hat, ob das Heim errichtet werden soll oder nicht. Bei einer Infoveranstaltung mussten vier Streifenwagen anfahren, so „aufgeheizt und aggressiv war die Stimmung“, erinnert sich auch Bezirkshauptmann Riepan. Für die Töplitscher und Töplitscherinnen war die Veranstaltung ein weiterer Beweis dafür, dass man als Bürger nichts mehr zu melden hat und schlucken muss, was einem die Landesregierung diktiert. Als die „Zech“ dem Landeshauptmann eine Unterschriftenliste überreicht, kontert dieser: „Diese Liste ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist.“ Da dreht sich der Obmann der Dorfjugend zum Publikum und fragt: „Dann ist das unsere Unterschrift auch nicht, wenn am 2. März Gemeinderatswahl ist, oder?“ Politikverdrossenheit. Das ist die Art und Weise, wie Töplitsch auf sein „Schicksal“ zu reagieren scheint. Der SPÖ macht das Sorgen, für Parteien wie die FPÖ könnte es eine Chance sein. Amtsleiter Glanzer versteht das: „Vor der Wahl greift man nach jedem Strohalm, der sich einem nur bietet.“ Im Falle der Freiheitlichen ist das Flüchtlingsheim eine große, frisch gemähte Heuwiese. Aber Töplitsch ist nicht nur das rassistische, konservative Dorf, als das es von Außen im Zusammenhang mit der Asylheim-Debatte gesehen wird. Es ist ein seit Generationen gut eingespieltes Ökosystem, das jetzt droht, aus dem Gleichgewicht und der Norm zu fallen. Was Töplitsch in diesen Tagen noch näher zusammenrücken lässt, ist die Angst. Die einen denken an den Kirchtag, der Jahr für Jahr von der „Zech“ organisiert wird. „Was sollen 50 Moslems mit unserer Kirchtags-Suppe? Die kennen doch nicht einmal unsere Kultur“, hört man häufig. Und: „Wir Christen sind sowieso ein rotes Tuch für die!“

Die Zech, der Seniorenverband, der Fußball- und Eisstockschießverein, die Feuerwehr, sogar der Verschönerungsverein—sie alle haben Angst, ein Stück Dorfkultur aufgeben zu müssen. Zu den anscheinend in Stein gemeißelten Thesen wie „Die Kriminalität wird steigen“ mischen sich ernsthafte Bedenken. Wer sind diese Menschen die kommen? Wie werden sie ihre Zeit im Dorf verbringen? Wer wird sich um sie kümmern? Einer, der versucht, seiner Gemeinde darauf Antworten zu geben, ist Mario Lackner, Unabhängiger Gemeinderat der FPÖ. Er ist das perfekte Beispiel dafür, was man „regionalen Rassismus“ nennen könnte. Als er vor einigen Jahren von Landskron in die Gemeinde gezogen ist, hat er sich fast selbst ein bisschen gefühlt wie ein Asylwerber, erzählt er, und musste sich die Akzeptanz der „Zech“ erst erkämpfen. Landskron liegt mit dem Auto etwa 15 Minuten von Töplitsch.

(Anmerkung: Was genau ist der Standpunkt des FPÖlers? Was erzählt er den Leuten, die die oben erwähnten Fragen stellen? Wäre ein spannender Punkt—in der bestehenden Form bringt die Erwähnung seiner Person nämlich wenig, wenn da nicht aufgelöst wird.)

Ins Louis ist inzwischen der Bürgermeister eingekehrt. Er sitzt zwischen dem Ronacher und dem Totengräber und trinkt ein alkoholfreies, weil er noch im Dienst ist. Er schüttelt Hände. „Wenn ein Politiker so kurz vor der Gemeinderatswahl ins Gasthaus einkehrt, dann heißt das Freibier“, wird freudig erklärt. Über das Flüchtlingsheim will der Bürgermeister nicht sprechen. Das nimmt man „dem Helmut“ im Töplitsch sehr übel. Trotzdem wird er wenig später seine rote Mehrheit verteidigen können. Aber wie lange noch? „Bis die Asylanten do sind, bin ich längst blauer Bürgermeister“, hat der Totengräber gesagt. Jeder, der hier im Louis sitzt, weiß, dass beides zusammenhängt—nicht nur, aber vor allem auch in den Köpfen des Totengräbers und der anderen Gäste im Lokal. Was noch niemand weiß, ist, ob sich die Aussage auch bewahrheiten wird.

